

Europäische Jugendpolitik – eine grüne Perspektive

Keine Frage: Die grüne Bewegung ist noch jung. Sie geht in hohem Maße auf das Engagement junger Menschen zurück, die damit unzufrieden waren, wie die Welt in der Geschichte gelenkt wurde, und einen anderen Ansatz in unserer Beziehung zu unserem Planeten und zwischen uns Menschen suchten. Den Grünen liegt insbesondere das Wohl künftiger Generationen am Herzen. Diese Philosophie zeigt sich beispielhaft in einer kohärenten grünen Jugendpolitik in unseren Parteien, für die wir auch nach außen eintreten.

Häufig betrachtet die Gesellschaft Kinder und Jugendliche als Problem, und eine Jugendpolitik wird als Lösung für dieses Problem angesehen. Die europäischen Grünen lehnen ein solches Verständnis von Jugendpolitik nachdrücklich ab. Die junge Generation sollte nicht als Störfaktor gesehen werden, sondern als Gruppe, die wesentlich zur Entwicklung der Gesellschaft beiträgt, wenn auf ihre besonderen Bedürfnisse eingegangen wird.

Daher muss Jugendpolitik einen gemeinsamen Rahmen schaffen, der auf die Zusicherung gleicher Rechte für junge Menschen als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft neben allen anderen Altersgruppen sowie ihren gleichberechtigten Anspruch auf diese Rechte abzielt. Des Weiteren plädieren wir für eine Jugendpolitik, die am Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen ausgerichtet wird, indem sich die Bedürfnisse junger Menschen mit denen anderer Altersgruppen sinnvoll ergänzen.

Damit Jugendpolitik Wirkung zeigt, muss sie von Jugendlichen gestaltet werden. So ist es unumgänglich, junge Menschen in die Gestaltung oder Reformierung von Jugendpolitik einzubinden. Deshalb treten wir für die aktive Mitwirkung Jugendlicher an der Jugendpolitikgestaltung ein. Das allgemeine Ziel grüner Jugendpolitik ist es, die Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen junger Menschen zu verbessern und mehr Möglichkeiten für ihre soziale Teilhabe und Mitbestimmung zu schaffen. In diesem Sinne legen wir den Schwerpunkt auf sieben Bereiche, die das Herzstück einer umfassenden Jugendpolitik bilden sollten: Bildung, Beschäftigung, Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Wohnraum, bürgerschaftliches Engagement und Mitbestimmung, Mobilität und Freizeit.

1. Bildung

Bildung sollte auf allen Ebenen staatlich gefördert werden und allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Glaubensbekenntnis, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Behinderung oder Alter offen stehen. Auftrag der Bildung sollte es sein, die Selbstentfaltung des Einzelnen zu fördern, um eigene Fähigkeiten voll zu entwickeln. Schon in der Grundschule sollten Lehrpläne Themenfelder wie bürgerschaftliches Engagement, politische Bildung und Umwelterziehung beinhalten, um junge Menschen von früher Kindheit an auf die umfassende Mitgestaltung der Gesellschaft vorzubereiten. Darüber hinaus fordern wir eine glaubensfreie Bildung.

Außerdem sollte Sexualkundeunterricht im schulischen Lehrplan verankert werden, wobei die Beschäftigung mit Rechten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und die Achtung sexueller Minderheiten im Mittelpunkt stehen sollten, um frühzeitig homophobe Ansichten zu bekämpfen.

Bereits in der Grundschule sollte das Erlernen von Fremdsprachen gefördert werden. Wir messen der Bildung und Erziehung über europäische Grenzen hinweg große Bedeutung zu. Alle Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sollten die Möglichkeit erhalten und motiviert werden, durch Europa zu reisen und in anderen Ländern zu lernen und zu studieren. Stipendien für europäische Bildungsprogramme werden erweitert.

Die Qualität der Bildung an öffentlichen Schulen liegt uns besonders am Herzen. Dabei muss der Schwerpunkt auf der Entwicklung eines Bildungssystems von hoher Qualität liegen, das Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben und die Mitwirkung an der Gesellschaft vorbereitet. Dies kann nicht ohne staatliche Investitionen in Bildung gelingen, wobei insbesondere eine angemessene Entlohnung und die soziale Anerkennung von Lehrerinnen und Lehrern gesichert sowie moderne Schuleinrichtungen wie Computerräume, digitale Bibliotheken usw. bereitgestellt werden müssen. Der Zugriff auf kulturelles und öffentlich verfügbares Wissen durch neue Technologien sollte ein Recht in Schulen und Hochschulen sein. In der Praxis zeigt es sich am besten in Form des uneingeschränkten kostenlosen Internetzugangs.

Die steigende Zahl von Schulabbrechern bereitet uns Sorge, vor allem in Randgruppen, zu denen beispielsweise Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören. Deshalb setzen wir uns für ein Bildungssystem ein, das verschiedene Wiedereinstiegsmöglichkeiten bietet, damit die Weiterführung von Schul- und Ausbildungskarrieren erleichtert wird.

Weil Bildung bereits vor der Schule beginnt, nämlich im Kindergarten, sollten frühkindliche Bildung und Vorschulerziehung in allen europäischen Ländern vom Staat kostenlos angeboten werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass eine möglichst große Zahl von Kindern dieses vorschulische Bildungsangebot als wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern in Anspruch nimmt. Außerdem muss jungen Paaren ermöglicht werden, nach Wunsch eine Familie zu gründen und nicht erst, wenn ihre finanzielle Lage dies erlaubt.

Wir fordern kostenlose höhere Bildung ohne Studiengebühren. Akademische Bildung muss Studierenden Flexibilität erlauben, um Studium und Arbeit und/oder gesellschaftliches Engagement miteinander verbinden zu können. Der Zugang zu höherer Bildung sollte allen offen stehen. Dazu bedarf es der Bereitstellung zinsfreier Darlehen für Studierende, kostengünstiger und gesunder Verpflegung in Mensen sowie von erschwinglichem Wohnraum für Studentinnen und Studenten, die von außerhalb kommen.

Darüber hinaus sollten allen jungen Studierenden und jungen Lehrkräften an Hochschulen bezahlbare Plätze in Studentenwohnheimen zur Verfügung stehen. Diese Unterkünfte sollten Studierenden angemessene Lebensbedingungen bieten. Dazu gehören u. a. voll ausgestattete Küchen, Waschküchen und Gemeinschaftsräume, um Studentinnen und Studenten zumindest grundlegenden Wohnkomfort zu garantieren. Kostenloser Internetzugang in allen Studentenwohnheimen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn mehr Plätze in Studentenwohnheimen zur Verfügung stünden, hätten Studierende auch mehr Zeit für ihr Studium, da sie nicht gezwungen wären, minderwertige und schlechte bezahlte Jobs anzunehmen, um ihre Miete zu bezahlen. Außerdem sollten Universitäten und Hochschulen verpflichtet werden, Kinderbetreuungsmöglichkeiten für junge Eltern und Lehrkräfte anzubieten, damit junge Familien weiter studieren können, während ihre Kinder betreut sind.

Bildung und Erziehung sollten im weiter gefassten Rahmen des lebensbegleitenden und sämtliche Lebensbereiche umspannenden Lernens verstanden und nicht auf den reinen akademischen Wissenserwerb reduziert werden. Neben der Bedeutung des Hochschulstudiums für die soziale Entwicklung spielt auf höherer Ebene die berufliche Ausbildung ganz offenkundig eine Schlüsselrolle in unseren Bildungssystemen und für die

Wirtschaft, denn hochqualifizierte Fachkräfte in spezifischen Wissensbereichen sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft unerlässlich.

Letztlich ist die informelle Bildung, beispielsweise durch die freiwillige Tätigkeit in Organisationen der Zivilgesellschaft, integraler Bestandteil von Bildung und Erziehung, die sowohl von der Gesellschaft als auch im Lehrplan anerkannt werden sollte. Nicht formale Bildungsangebote vermitteln ergänzende Fähigkeiten und Werte, die für das gesellschaftliche Leben von entscheidender Wichtigkeit sind, durch formale Bildungswege in der Regel jedoch nicht vermittelt werden, wie zum Beispiel: Engagement und Verantwortungsbewusstsein, kollektives Denken, Toleranz, Nachhaltigkeit und Geschick im Umgang mit Menschen.

Allgemein sei angemerkt, dass Bildung nicht nur als Werkzeug für den Zugang zum Arbeitsmarkt betrachtet werden sollte, sondern vielmehr als Element der geistigen und persönlichen Selbstverwirklichung.

2. Beschäftigung

Jeder junge Mensch sollte die Möglichkeit und die Wahl haben, in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Es genügt jedoch nicht, nur diesen Zugang zu garantieren. Beschäftigungsbedingungen spielen eine entscheidende Rolle, um jungen Menschen Stabilität und Sicherheit zu geben. Deshalb sollte der gegenwärtige Trend - schwieriger Berufseinstieg und einfache Wege aus der Beschäftigung - umgekehrt werden, so dass jungen Menschen der Einstieg in eine berufliche Beschäftigung erleichtert und Kündigungsverfahren verschärft werden. Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt muss mit strengen Gesetzen bekämpft werden.

Wir fordern gezielte Maßnahmen, um die Arbeitsplatzunsicherheit abzubauen. Dazu gehört die Festsetzung eines angemessenen Mindestlohns in jedem europäischen Land, wobei jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden muss, mit welchen Mitteln – ob auf dem Rechtsweg oder mittels Kollektivverträgen – diese festzulegen sind. Als weiteres Mittel dazu können Steueranreize dienen, damit junge Menschen nicht in unterbezahlten, kurzfristigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden, die lediglich soziale und wirtschaftliche Unsicherheit schaffen und die selbstbestimmte Lebensgestaltung be- bzw. verhindern.

Um junges Unternehmertum zu fördern, sollten kostenloser Rechtsbeistand und Rechtsberatung sowie Darlehen zu günstigen Konditionen angeboten werden.

Jugendliche sollten die Chance erhalten, Praktika zu absolvieren und berufliche Erfahrungen zu sammeln, und dafür eine faire Bezahlung erhalten, damit sie in der Lage sind, sich während der Ausbildungszeit selbst zu finanzieren. Praktika dürfen auf keinen Fall an die Stelle unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse treten. Zudem sollte ein Praktikum entsprechend der daran geknüpften Bildungsziele sinnvoll begleitet werden. Arbeitgeber sollten Praktika als echte Arbeitserfahrung in noch stärkerem Maße würdigen.

Wir möchten hervorheben, dass sich Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern bereits bei den ersten Jobs und beim Berufseinstieg zeigen. Deshalb fordern wir vehement gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, und zwar unabhängig von Art und Anspruch der Arbeit.

Nach unserem Dafürhalten sollten junge Menschen Studium, Arbeit und gemeinnütziges Engagement mit ihrem Privatleben und Freizeitaktivitäten vereinbaren können. Das ist eine Voraussetzung, um es der Jugend zu ermöglichen, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Darum befürworten wir strengere zeitpolitische Auflagen und flexible Arbeitszeiten, vor allem für Studentinnen und Studenten.

3. Gesundheit

Die Gesundheitsversorgung sollte vom Staat kostenlos und für alle Menschen gleichermaßen ohne Unterschied in der Qualität der medizinischen Behandlung garantiert werden. Junge Bürger werden oftmals aufgrund der hohen Kosten für Krankenversicherungen und Arzneimittel beim Zugang zu medizinischer Versorgung an den Rand gedrängt. Vor diesem Hintergrund besteht großer Bedarf an Schul- und Universitätsärzten, die Schülern und Studenten jederzeit (auch in den Ferien) kostenlos zur Verfügung stehen.

Neben der medizinischen Versorgung sollten in jeder Bildungseinrichtung in Kinder- bzw. Jugendpsychologie geschulte Schulberater zur Verfügung stehen, die auf die besonderen Probleme von Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden eingehen können: von der Berufsberatung bis hin zum Gespräch über persönliche Probleme. Für junge Menschen, die nicht am formalen Bildungssystem teilnehmen, sollten entsprechende medizinische und psychologische Dienste durch spezielle Jugendzentren angeboten werden.

Sport ist eine wichtige Quelle physischer Fitness und körperlichen Wohlbefindens und wirkt nachweislich auch auf die geistige Gesundheit positiv. Neben diesen persönlichen Vorteilen sind gesündere Bürger auch ein Vorteil für das Gesundheitssystem und den produktiven Sektor, was wiederum die öffentlichen Finanzen entlastet. Um schon in jungen Jahren einen gesunden Lebensstil zu fördern, muss gewährleistet werden, dass jedes Kind im Rahmen des schulischen Lehrplans am Sportunterricht teilnehmen kann. Daneben sollten jedoch auch die Förderung der Lebensmittelkultur und Informationen über gesunde Ernährung im Mittelpunkt stehen.

Wenn es um die Gesundheit von Jugendlichen geht, spielen die sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechende Rechte unserer Auffassung nach eine äußerst wichtige Rolle. Darum ist die Teilnahme an Sexualkundeunterricht und -beratung bereits in frühem Alter vor und bei Beginn sexueller Aktivitäten entscheidend, um sexuell übertragbare Krankheiten (STD) und ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. STD-Tests und Familienplanungs- und -beratungszentren sollten für alle zugänglich sein. Dies gilt auch für Verhütungsmittel, die jedermann und jungen Menschen unter 18 Jahren kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Frauen sollten das Recht haben, selbstbestimmt über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden. Abschließend fordern wir ein Ende der Kriminalisierung von konsensuellen sexuellen Beziehungen zwischen Gleichgestellten und der Doppelmoral in bestimmten traditionellen Auffassungen, wo die Wirklichkeit verschleiern will, dadurch aber lediglich unerwünschten Folgen Vorschub leistet, weil Probleme nicht offen angesprochen werden.

4. Wohnraum

Das Thema Wohnraum stellt heute eines der größten Probleme europäischer Jugendlicher ungeachtet ihrer sozioökonomischen Bedingungen dar. Niedrige Löhne in Verbindung mit gestiegenen Kosten für Grunderzeugnisse, die Ballung der Bevölkerung in so genannten globalen Städten und Immobilienspekulation verschärfen den Wettbewerb um menschenwürdigen Lebensraum. Gerade in diesem Bereich bedürfen junge Menschen gegenwärtig der Unterstützung, da sie aufgrund fehlender wirtschaftlicher Sicherheiten geringere Chancen haben, adäquaten Wohnraum zu finden. In vielen Fällen führt dies dazu, dass junge Menschen ganz vom Zugang zu Wohnraum ausgeschlossen werden.

Um sich von den Eltern lösen und das eigene Leben selbständig gestalten zu können, sollte Studierenden und jungen Erwerbstätigen der Zugang zu lebenswürdigem und kostengünstigem Wohnraum garantiert werden. Dies gilt insbesondere für junge allein erziehende Mütter, junge Familien, Migranten und von Segregation bedrohte Minderheiten. Mindestvorgaben für die Wohnfläche, Wasser und Strom, Koch- und

Wascheinrichtungen, natürliches Licht und frische Luft, Wärme- und Lärmisolation sowie ein kostenloser Internetzugang sind grundlegende Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Wo Quadratmeterpreise für Wohnraum jedoch extrem hoch sind – und in vielen Fällen weiter steigen – und Spekulation das Problem noch verschärft, kann die Situation nur durch öffentliche Intervention umgekehrt werden. Massive Investitionen in öffentlich gefördertes Wohnen würden zur Regulierung der Marktpreise nach unten beitragen. Der öffentliche Wohnungsbau sollte insbesondere auf junge Leute ausgerichtet werden, die, wie bereits erwähnt, zu jenen Gruppen gehören, die die größten Schwierigkeiten haben, wenn sie zum ersten Mal eine eigene Wohnung suchen. In diesem Sinne ist Mieten besser als Eigenerwerb, weil Mietwohnungen eine solide Plattform bieten, von der aus junge Menschen ins Leben starten können. Haben sie sich erst einmal sozial etabliert und arbeiten in stabilen Beschäftigungsverhältnissen, können sie sich nach alternativen Wohnmöglichkeiten auf dem freien Markt umsehen. Die bestehende öffentliche Einrichtung kann dann von einem anderen jungen Menschen bezogen werden, der Fuß in der Gesellschaft fassen will. Durch diesen relativ schnellen Durchlauf entstünde eine Art Solidarvertrag zwischen und innerhalb der Generationen, der zum sozialen Zusammenhalt beiträgt.

Für politische Maßnahmen dieser Art sind jedoch Investitionen über Jahre hinweg notwendig. Dennoch kann öffentlicher Wohnraum nicht den gesamten Bedarf junger Menschen abdecken. Daher müssen ergänzende politische Vorgaben für junges Wohnen umgesetzt werden, z. B. durch die Festlegung besonderer Zinssätze für Darlehen und Hypotheken für junge Menschen.

Darüber hinaus können weniger zeit- und ressourcenaufwendige Maßnahmen durchgesetzt werden. Erstens sollten Standorte für neue Wohnungsbauprojekte gleichmäßig auf verschiedene Stadtbezirke verteilt werden, um die Bildung von Ghettos oder marginalisierten Gebieten zu verhindern. Außerdem könnten so genannte „Gebäudeservice-Tauschverträge“ geschlossen werden, d. h. das Angebot der schrittweisen Innensanierung von bewohnbarem Altbestand oder alten Wohnungen gegen Wohnrecht. Ein solcher befristeter Vertrag stellt eine für beide Seiten vorteilhafte Lösung dar, weil so kurzfristig ein Engpass beseitigt wird, während eine längerfristige Option gesucht wird. Außerdem wird auf diese Weise die Instandhaltung von städtischem Wohnraum sichergestellt. Im Zuge von Gebäudeservice-Tauschmaßnahmen böte es sich auch an, das gemeinsame Wohnen verschiedener Generationen in einer Wohnung einschließlich der für alle Beteiligten damit verbundenen Vorteile zu fördern. Einerseits haben ältere, allein stehende Menschen so Gesellschaft und jemanden, der in Zusammenarbeit mit sozialen Diensten regelmäßig nachsehen kann, ob sich ein Unfall ereignet hat oder ein schwerwiegendes Gesundheitsproblem aufgetreten ist. Andererseits erhalten junge Menschen dadurch eigenen Freiraum und einen verantwortungsbewussten Mitbewohner. Dieses System, das natürlich immer nur zeitlich begrenzt sein kann, kann ein sinnvolles Instrument sein, um das Verständnis und Miteinander zwischen den Generationen zu stärken. Der letzte Vorschlag und eine ultimative Schutzmaßnahme ist die Bereitstellung kostenloser öffentlicher Wohnheime für obdachlose Menschen.

5. Bürgerliches Engagement und Mitbestimmung

Wenn es um die Mitgestaltung des sozialen und politischen Lebens durch Kinder und Jugendliche geht, setzen wir uns dafür ein, dass sie sowohl das Recht als auch die Möglichkeit zur Teilhabe an und zur Beeinflussung von gesellschaftsformenden Entscheidungen haben. Junge Menschen müssen in die Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen und Vorgaben, die sie betreffen, mit Hilfe von wirksamen Werkzeugen und echter, direkter Mitbestimmung einbezogen werden.

Der Staat und Politiker sollten gewährleisten, dass junge Menschen eine institutionelle Stimme erhalten. Die aktive Bürgerschaft junger Menschen – als Recht und Pflicht begriffen – sollte nicht nur durch die Zivilgesellschaft, sondern auch die Institutionen gefördert werden.

Dazu muss die Überzeugung gestärkt werden, dass demokratische Verantwortung in der Gesellschaft nicht mit dem Gang zur Wahlurne alle vier oder fünf Jahre endet. Deshalb vertreten wir die feste Überzeugung, dass die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre zu größerem politischen Engagement von Kindern und Jugendlichen in früheren Lebensjahren beitragen kann. Damit sich die Jugend jedoch für die Gesellschaft und ihre Gestaltung einsetzt, muss eine Voraussetzung erfüllt sein: Auch Kinder und Jugendliche müssen das Gefühl haben, dazuzugehören. Soziale Eingliederung geht über einfache Akzeptanz hinaus, weil dazu auch die Anerkennung besonderer Bedürfnisse der Gemeinschaft und ihres Beitrags zur Gesellschaft sowie künftiger Möglichkeiten erforderlich ist. Dabei geht es insbesondere um Teilhabe an der Gegenwart, um die Gesellschaft der Zukunft aufzubauen.

Allerdings ist der Anteil junger Entscheidungsträger, beispielsweise an Hochschulen, in Wirtschafts- und Sozialausschüssen usw. noch immer gering. Kurz gesagt: Junge Menschen sind hier noch immer unterrepräsentiert. Deshalb sollten Regierung und Politiker den Dialog mit jungen Menschen suchen: Das aktive bürgerliche Engagement von Jugendlichen als Recht wie als Pflicht sollte nicht nur von der Zivilgesellschaft, sondern auch von den Institutionen gefördert werden. Das bedeutet die institutionelle Anerkennung von und die politische Zusammenarbeit mit Entscheidungsgremien Jugendlicher, die zu wichtigen politischen Partnern werden müssen, um jugendpolitische Gesetze auszuarbeiten und umzusetzen. Die Gründung von Jugendparlamenten und Jugendräten ist Ausdruck des Wunsches junger Menschen, sich aktiv in Organisationen einzubringen, sich selbst zu organisieren, um mit einer Stimme zu sprechen und gemeinsame Interessen von Jugendlichen einzufordern. Auf europäischer Ebene stellt die Schaffung des „European Youth Forum“ einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar. Allerdings fehlen allgemein noch immer Ressourcen und der politische Einfluss der Jugend ist äußerst begrenzt.

In den Institutionen glänzen Jugendliche leider durch Abwesenheit, was jedoch auf die enormen Schwierigkeiten bei der Ausübung des aktiven Wahlrechts, sprich, gewählt zu werden, zurückzuführen ist. Diese Tatsache trägt offensichtlich auch zur Politikverdrossenheit der Jugend und Gesellschaft im Allgemeinen bei. Aus diesem Grund müssen Wege aus der alters- und geschlechtsspezifischen Disproportionalität der gewählten Vertreter gefunden werden. Wenn junge Politiker die Ansichten und Interessen der Jugend in politischen Entscheidungsgremien vertreten, ist damit stets die Garantie gegeben, dass Jugendliche berücksichtigt werden. Darum halten wir eine Quotenregelung für Wahllisten der Parteien für ein sinnvolles Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Damit der Beteiligungs- und Mitbestimmungsprozess letztlich Früchte trägt, spielt die staatsbürgerliche Erziehung und Bildung ab einem frühen Alter eine wichtige Rolle. Durch das Verständnis bürgerlicher Rechte und Pflichten, demokratischer Prinzipien, politischer Systeme, Weltanschauungen und Parteien sowie zivilgesellschaftliche Formen der Mitwirkung werden Menschen zu Bürgern erzogen, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in umfassenderer Weise bewusst sind. Das ist ein Eckpfeiler für die junge Generation, um ihr Leistungsvermögen als freie Bürger für eine bessere Gesellschaft voll entfalten zu können.

6. Mobilität

In einer globalisierten Welt, die ständig enger zusammenwächst, spielt der Kulturaustausch eine entscheidende Rolle – nicht nur für die persönliche Entfaltung, sondern auch für ein besseres Verständnis und die gegenseitige Entwicklung. Durch diese

Einsicht sind kontinuierliche Migrationsströme entstanden. Diese sind zum Teil unausgeglichen, weil sie aus den großen Entwicklungsunterschieden zwischen Ländern – Süd-Nord-Migration - herrühren. Zum Teil sind sie ausgeglichen, weil sie zwischen entwickelten Ländern, zum Beispiel innerhalb der Europäischen Union, ablaufen. Derartige Wanderbewegungen können zur Stärkung der Einheit in Vielfalt beitragen, Stereotypen aufbrechen und aus Ignoranz entstehende Missverständnisse überwinden. Darum trägt die Mobilität grundlegende Bedeutung – nicht nur als gesellschaftliches Recht, sondern auch als Quelle für die Selbstentfaltung und die positive Entwicklung der Gesellschaft. Das Recht auf Freizügigkeit ohne administrative Hürden, die freie Entscheidungen über den Aufenthaltsort behindern, ist eine maßgebliche persönliche Freiheit. Darum ist eine Überarbeitung der Visumsbestimmungen in Verbindung mit kostenlosen, erleichterten und beschleunigten Verfahren für ein visumfreies Europa für junge Menschen von großer Bedeutung. Dabei ist festzuhalten, dass jeder Mensch ein Recht auf Freizügigkeit haben sollte, dies aber nicht erzwungen werden kann. So ist die Bereitschaft zu reisen häufig eine Voraussetzung für eine Anstellung. Die Pflicht zu reisen untergräbt jedoch oftmals die Möglichkeiten junger Menschen, sich lokal gesellschaftlich zu engagieren.

Auf kommunaler Ebene sind Investitionen in eine „grüne“ Mobilität wichtig, die sowohl umweltfreundlich als auch für junge Menschen zugänglich ist. Entsprechende Bedingungen für die Förderung eines lebensbegleitenden Mobilitätsverhaltens müssen umgesetzt werden, beispielsweise mit der Einrichtung von Fahrradwegen für die effiziente Bewegung in Städten ohne Gefährdung durch Autoverkehr und Luftverschmutzung. In diesem Sinne sollte der öffentliche Verkehr den abschließenden Schritt zur Umstellung auf umweltfreundliche Energiequellen gehen. Letztlich sollten jungen Menschen, im Besonderen Schülern und Studenten, subventionierte öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Außerdem muss die adäquate Zugänglichkeit zu Beförderungsmitteln aller Art für behinderte Menschen gewährleistet werden. Im Rahmen der Verkehrsplanung sollte der öffentlichen Beförderung mit besonderen Fahrspuren und Ampel- und Verkehrsregelungen Vorrang eingeräumt werden.

7. Freizeit

Jugendliche sind in ihren Freizeitaktivitäten unterschiedlichen Gefahren und Gefährdungen ausgesetzt. Einerseits entfremden die exzessiven Einflüsse des Konsumverhaltens der globalisierten westlichen Kultur Menschen durch ein kurzzeitiges irrales Gefühl der Befriedigung durch das Ausgeben von Geld. Die Vorstellung von Erfolg durch Besitz bestimmter Güter, die in der Werbung angepriesen werden, schafft ein falsches Bedürfnis nach dem Erwerb unnützer Produkte. Ein solches Verhalten ist sowohl sozioökonomisch als auch ökologisch bedenklich, denn dadurch kommt es nicht nur zu übermäßigen Ausgaben, die häufig zur Verschuldung von Personen bzw. Familien führen, sondern aus Umweltsicht auch zur Verschwendung natürlicher Ressourcen.

Zudem geht dieser Überkonsum Hand in Hand mit dem bereits geschilderten allgemeinen Mangel an jugendlicher Kaufkraft. Dadurch verringern sich die Chancen von Kindern und Jugendlichen, unabhängig und selbständig zu werden, weil ein Großteil der begrenzt verfügbaren wirtschaftlichen Ressourcen für den Konsum statt für die Befriedigung von Grundbedürfnissen ausgegeben wird. Deshalb kann die Mehrheit der Jugendlichen in vielen europäischen Ländern wirtschaftlich lange Zeit nicht auf eigenen Beinen stehen, was gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage von Familien hat, da die Folgen dieses Zustands oftmals von den Eltern getragen werden. In der Tat finanzieren sie in einigen Fällen diesen Konsum. In anderen Fällen tragen sie diesen in Form von Gemeinkosten, indem die Kinder weiter im Haus der Eltern wohnen, weil sie nicht eigenen Wohnraum nicht leisten können. Eine klare Folge davon ist ein verzögertes Erwachsenwerden und eine eingeschränkte persönliche Unabhängigkeit.

Wir treten für alternative Freizeitangebote ein, die den sozialen Zusammenhalt stärken und eine Quelle informeller Bildung bieten. Das heißt, der Übergang von individuellen

Freizeitaktivitäten hin zu einer gemeinschaftsorientierten Freizeitkultur kann wichtige Fortschritte bei der Ausbildung aktiven bürgerschaftlichen Engagements befördern. Dazu sind jedoch nicht nur Investitionen in öffentliche Einrichtungen und eine Erhöhung öffentlicher Zuwendungen auf der Grundlage einer klaren Strategie der Kofinanzierung nach entsprechenden sozialpolitischen Vorgaben nötig. Es bedarf außerdem der Umgestaltung von Zeitpolitik wie im Abschnitt Beschäftigung dargelegt.

Eine weitere Dimension der Freizeit steht in Verbindung mit dem Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, solange dadurch andere nicht gefährdet oder gestört werden. Sexualität sollte kein Tabu mehr sein. Stattdessen sollte mit dem Thema offen umgegangen werden, vor allem dann, wenn die menschliche Gesundheit gefährdet wird, weil sinnvolle Informationen nicht verbreitet oder die falschen Botschaften propagiert werden. Darüber hinaus sollte dieser Ansatz weit gefasst werden und alle Formen konsensueller Sexualität einschließen, im Besonderen mit dem Ziel, die soziale Akzeptanz der Homosexualität zu erhöhen. Der Diskriminierung und Unterdrückung der LGBT-Gemeinschaft (Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans), muss ein Ende bereitet werden, da es höchst Besorgnis erregend ist, dass sich auch im Europa des 21. Jahrhunderts homophobe Ansichten hartnäckig halten. Besonders unannehmbar ist, dass Regierungskräfte in einigen Ländern dazu beitragen.

Die oben beschriebenen Bereiche stellen die Kernelemente der grünen Jugendpolitik dar und enthalten konkrete Vorschläge für das Wohl junger Menschen, die diesen ermöglichen sollen, in der Zukunft ihren Lebensweg selbstbestimmt zu gehen. Doch die Jugendpolitik endet hier nicht, sondern ist erst der Anfang. Eine wirkliche Gleichberechtigung Jugendlicher in politischen Entscheidungsprozessen, die zur allmählichen Emanzipation und vollen Eingliederung in die Gesellschaft führt, bedeutet, die Standpunkte junger Menschen in jedem Gesetzesvorschlag und in allen Bereichen zu berücksichtigen. Die Grünen sind in Europa dafür verantwortlich, dass diese Forderung Realität wird. Davon hängt die Zukunft unseres Planeten ab.